

Thomas Schwarz

## Wechselwahlverhalten und Einfluss der Politikebene auf die Wahlentscheidungen bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart

*Veränderungen der Stimmenanteile hauptsächlich durch Parteiwechsel verursacht*

Die Veränderungen der Stimmenanteile der Parteien zwischen zwei Wahlen können durch demographisch bedingte Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft oder durch Schwankungen in der Wahlbeteiligung, also in der Mobilisierung verursacht sein. Die größte Bedeutung hat freilich der Einfluss des direkten Wechsels zwischen Parteien. Die Stimmen der Wechselwähler zählen praktisch doppelt, und zwar bringen sie der verlassenen Partei einen Stimmenverlust und der jetzt gewählten Partei einen Gewinn. Daher spielen Wechselwähler in den Kalkülen der politischen Parteien eine herausgehobene Rolle.<sup>1</sup>

Die Wahlforschung erklärt Wechselwahl heute als eine Entscheidung der Wähler, die wenigstens zum Teil als Reaktion auf das politische Angebot und damit als Urteil über das Handeln der politischen Elite zustande kommt.<sup>1</sup>

### Messung der Volatilität mit Aggregatdaten

*Volatilitätsindex zur Messung von Wechselwahlverhalten bei Aggregatdaten*

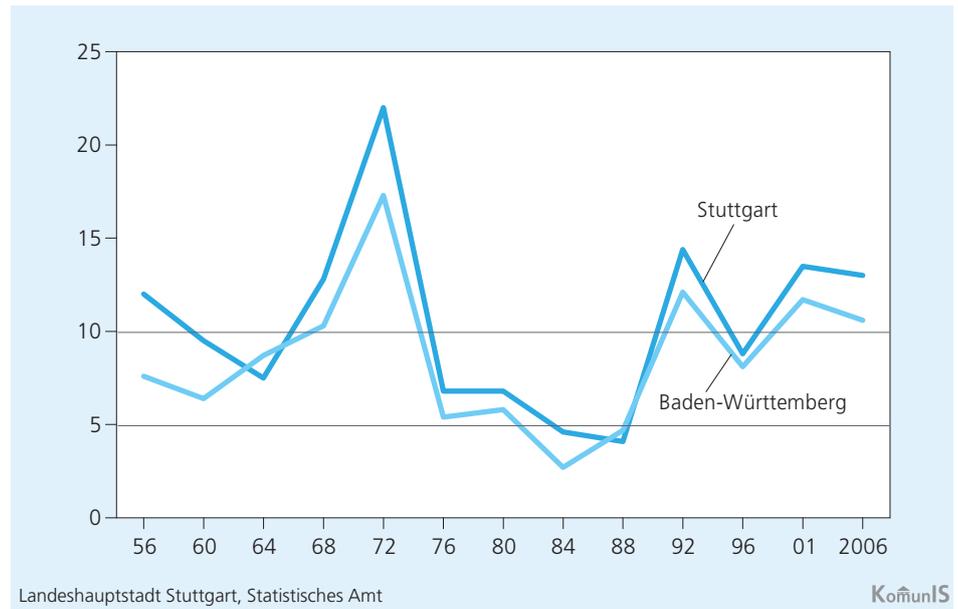
Eine Möglichkeit, wechselndes Wahlverhalten bei Verwendung von Aggregatdaten zu messen, stellt der Volatilitätsindex<sup>2</sup> (Pedersen-Index) dar. Dabei können allerdings nur Aggregatverschiebungen in Form der Salden der Wanderungsbewegungen, nicht jedoch der Umfang der direkten Wählerbewegungen zwischen den Parteien beschrieben werden.<sup>1</sup> Der Volatilitätsindex zeigt so das Ausmaß der Wechselwahl und bildet auf der Zeitachse die Veränderungen im Parteiensystem hinsichtlich dieses Phänomens ab.

*Seit 90er-Jahren wieder stark erhöhte Wechselwahlbereitschaft bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Stuttgart*

Der Volatilitätsindex bei Landtagswahlen bewegte sich in Stuttgart und im Land in den 60er-Jahren und zwischen den Landtagswahlen 1970 und 1988 im Bereich von 5 bis 10. Dabei bedeutet ein Indexwert von 0 vollständige Stabilität; je größer der Wert ausfällt, desto intensivere Stimmenverschiebungen fanden statt. Den bislang mit Abstand höchsten Indexwert erbrachte die Landtagswahl 1972 (die CDU holte mit Hans Filbinger erstmals die absolute Mehrheit und auch die SPD verbesserte sich stark). Niedrige Volatilitätswerte traten bei den Landtagswahlen von 1976 bis 1988 auf (vgl. Abbildung 1). Seit den 90er-Jahren indes zeigt sich, im Vergleich dazu, eine insgesamt etwa doppelt so hohe Volatilität.

Von nur zwei Ausnahmen (Landtagswahlen 1964, 1988) abgesehen, war die Volatilität Stuttgarts stets höher als die in Baden-Württemberg insgesamt ausgeprägt. Bemerkenswert ist auch, dass sich bei den beiden letzten Landtagswahlen 2001 und 2006 die Volatilitätsunterschiede zwischen Stuttgart und Baden-Württemberg vergrößerten.

**Abbildung 1:** Volatilität bei Landtagswahlen in Stuttgart und in Baden-Württemberg 1956 bis 2006



### Messung von Wechselwahlverhalten mit Hilfe von Individualdaten

*Mittels Rückerinnerungsfrage oder Panelmethode kann Wechselwahlverhalten erfragt werden*

Erfasst man das individuelle Wechselwahlverhalten mit Hilfe von Individualdaten, werden in der Regel die Rückerinnerungs- (Recall) und die Panelmethode eingesetzt. Im ersten Fall werden die Befragten im Interview um eine Auskunft über ihr aktuelles und ihr Wahlverhalten bei der zurückliegenden Wahl gebeten, im zweiten Fall werden die jeweils selben Personen zum Zeitpunkt der ersten und der zweiten Wahl jeweils nach ihrem aktuellen Wahlverhalten gefragt.<sup>1</sup>

Eine weitere, auch bei der Stuttgarter Wahltagsbefragung angewandte Möglichkeit ist, die Interviewten direkt zu befragen, ob sie seit Jahren im Allgemeinen immer die gleiche Partei wählen oder ob sie gelegentlich auch einmal abwechseln. Bei dieser Fragestellung lässt sich natürlich das ambitionierende Ziel der Bestimmung der Wählerströme nicht erreichen. Die Frage ermöglicht aber immerhin eine Einschätzung des Ausmaßes des Wechselwählens.

### Die Entwicklung des Phänomens Wechselwahl im Spiegel der Wahlforschung

*Wechselwahlbereitschaft generell deutlich gestiegen*

Die Bereitschaft zum Parteiwechsel ist, wie in zahlreichen Wahlforschungsarbeiten immer wieder nachgewiesen wird, in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Eine wachsende Zahl von Wählern wechselt von einer Wahlperiode zur anderen die Parteipräferenz; dies lässt sich zwar seit langem beobachten, in den letzten Jahren hat sich dieser Trend aber verstärkt. Ist der Trend als solcher in der Wahlforschung generell unstrittig, wird nur das Ausmaß der Veränderungen, auch in Abhängigkeit von der Erhebungstechnik, unterschiedlich quantifiziert. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung auf der Basis der Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 wird aufgezeigt, dass der Anteil der Stammwähler von CDU/CSU und SPD bei knapp 30 Prozent der Westdeutschen stagniert, während gleichzeitig der Anteil der parteipolitisch Ungebundenen in Westdeutschland von 23 (1994) auf 27 Prozent (2002) gestiegen ist.<sup>3</sup>

*Wenige Wähler fühlen sich heute eng an eine Partei gebunden*

In einer Langzeitstudie zur Parteibindung, die im wesentlichen auf den Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen beruht, wird nachgewiesen, dass sich in den 60er-Jahren nur knapp 5 Prozent der Wahlberechtigten Westdeutschlands, Anfang der 80er-Jahre rund 15 Prozent, Anfang der 90er-Jahre rund 25 Prozent und 2002 etwa 33 Prozent nicht an eine politische Partei gebunden sahen.<sup>4</sup>

Das bei Infratest dimap praktizierte Verfahren<sup>5</sup> ergibt indessen eine dramatische Veränderung der Parteibindungen: Danach erhöhte sich der Anteil der Wahlberechtigten in Deutschland, der parteipolitisch ungebunden ist, von 22 Prozent 1990 auf 47 Prozent 2001.<sup>6</sup>

### Wechselwähler bei der Landtagswahl 2006

*28 % der Baden-Württemberger gaben an, dass für sie eine langfristige Parteibindung bei der Stimmabgabe am wichtigsten war*

Von den am Wahltag der Landtagswahl 2006 stattfindenden Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute hat nur Infratest dimap (zwei) Fragen nach der Wechselwahl eingebaut. Dabei gaben bei der Frage nach dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung 17 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg an<sup>7</sup>, dass sie immer dieselbe Partei wählen. Weitere 33 Prozent kreuzten „schon vor längerer Zeit“ an, was, wenn auch sehr bedingt, den Schluss zulässt, dass diese Wähler als eher weniger wechselbereit einzustufen wären. In einer anderen Frage nach der Wahlmotivation kreuzten 28 Prozent der Befragten im Land an, dass für sie die langfristige Bindung an ihre Partei bei der Stimmabgabe am Wichtigsten war.<sup>8</sup>

Mit diesen Fragestellungen kann weder eine direkte Verbindungslinie zu den erwähnten Fragen zur Parteibindung bzw. Parteiidentifikation bundesweiter Studien hergestellt werden, noch ist ein unmittelbarer Vergleich mit der Art der Fragestellung der Stuttgarter Wahltagsbefragung zulässig. Als ergänzende Erkenntnis zum Wahlverhalten sind diese Ergebnisse aber dennoch von Interesse.

### Stammwähler und Wechselwähler in Stuttgart

Bei der ersten Stuttgarter Wahltag-Befragung bei einer Landtagswahl<sup>9</sup> wurde die Frage nach dem Wechselwahlverhalten ohne jegliche weitere zusätzlichen Faktoren (z. B. Kandidaten, Sachfragen) unmittelbar abgefragt.<sup>10</sup> Damit lässt sich das Ausmaß und die Wirkung von Parteibindungen in einer Form ermitteln, wie es dem Stand der wissenschaftlichen Wahlforschung entspricht, nach der die Parteibindung der Wahrnehmung und Bewertung von Kandidaten und Sachfragen als vorgelagerte Größe verstanden wird.<sup>11</sup>

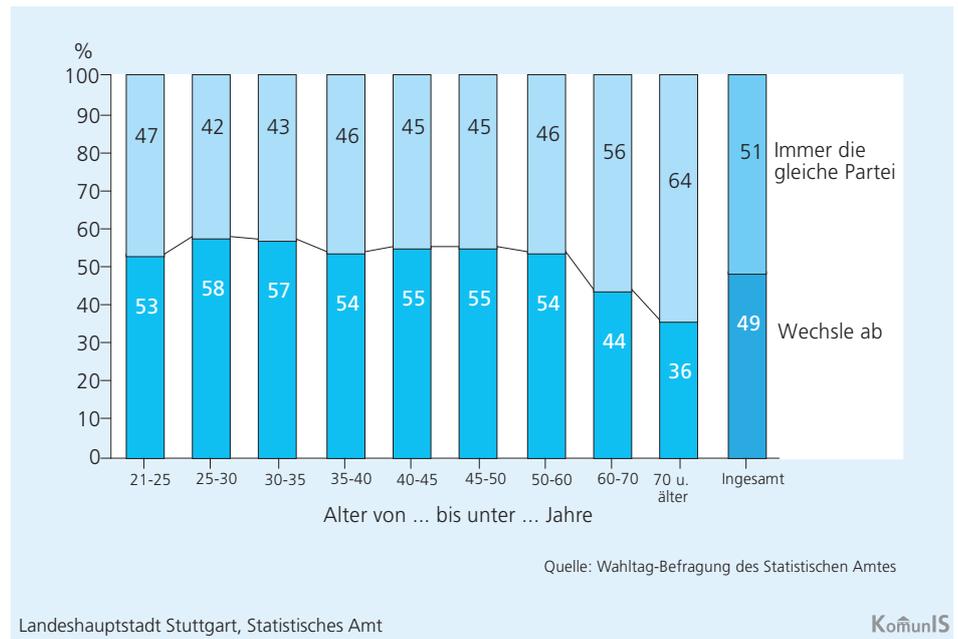
*51 % der Stuttgarter Wähler erklärten, dass sie immer die gleiche Partei wählen würden*

Wie sehen die Ergebnisse aus? Die Stuttgarter Wählerschaft bei dieser Landtagswahl lässt sich in zwei fast gleich starke Hälften aufteilen. 51 Prozent erklärten, dass sie immer die gleiche Partei wählen würden und 49 Prozent gaben an, bei der Stimmabgabe abzuwechseln.<sup>12</sup>

*Je älter die Wähler, desto geringer ist der Wechselwähleranteil*

Wie variieren diese Anteile nach den unterschiedlichen Altersklassen? Der Anteil der Wechselwähler ist bei den jüngeren Wählern (von 25 bis unter 35 Jahren) am höchsten (58 bzw. 57 %) und pendelt sich bei den Wählern in den mittleren Altersklassen von 35 bis unter 60 Jahre bei 54 bis 55 Prozent ein. Deutlich niedriger ist der Anteil flexibler Wähler bei den Senioren; bei den „jungen Alten“ von 60 bis unter 70 Jahre beträgt er 44 Prozent, bei den „alten Alten“ ab 70 Jahre nur 36 Prozent (vgl. Abbildung 2).

**Abbildung 2:** Parteibindung bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart nach Altersklassen



### Einfluss der Politikebene und des Wahlkreiskandidaten auf die Wahlentscheidung

6 % der Stuttgarter Wähler orientierten sich bei der Stimmabgabe am Wahlkreiskandidaten

Ein weiterer interessanter Aspekt des Stimmabgabeverhaltens ist die Frage, welchen Einfluss die Politikebene und der Wahlkreiskandidat auf die Wahlentscheidung<sup>13</sup> haben. Bei einer Einstimmenwahl wie der baden-württembergischen Landtagswahl kann man bei der Stimmabgabe nicht zwischen der Partei und der Person des Wahlkreiskandidaten/der Wahlkreiskandidatin unterscheiden.

Im Durchschnitt aller Befragten, im wesentlichen unabhängig vom Alter, gaben 6 Prozent an, dass sie ihre Stimmabgabe wegen des Wahlkreiskandidaten tätigten. Bei den SPD-Wählern war dieser Anteil mit 9,3 Prozent der höchste (vgl. Abbildung 3) und fast rund drei Mal so hoch wie bei CDU-Anhängern (3,6 %).

Landespolitik war für die Stimmabgabe die entscheidende Politikebene

Die dominante Politikebene für die Wahlentscheidung ist eindeutig die Landespolitik in Baden-Württemberg. Für praktisch zwei Drittel der Befragten (65 %) in Stuttgart war dies der Maßstab bei der Stimmabgabe. Knapp 30 Prozent der Wähler (29 %) orientierten sich demgegenüber an der Bundespolitik. Zur Orientierung: In der für Baden-Württemberg repräsentativen Umfrage vor der Wahl von Infratest dimap sagten 55 Prozent, dass für sie die Landespolitik und 29 Prozent die Bundespolitik entscheidend seien bei der Wahl, 15 Prozent stuften beide Politikebenen als gleich wichtig ein.<sup>14</sup>

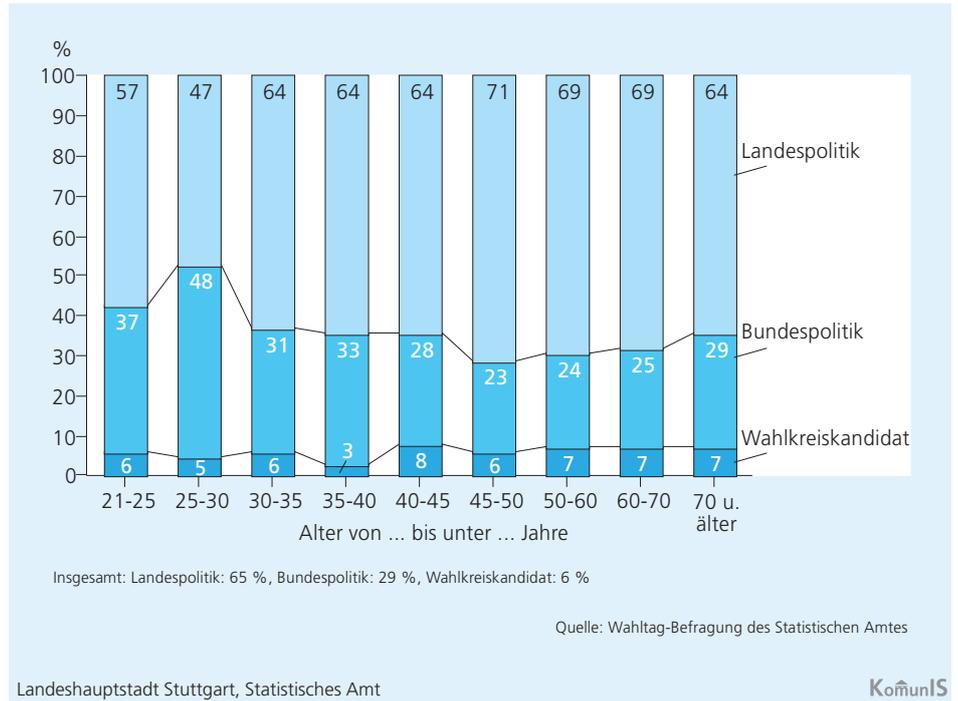
Am stärksten orientierten sich CDU-Wähler an der Landespolitik

Nach Parteien differenziert lassen sich die Ergebnisse der Stuttgarter Wahltag-Befragung so zusammenfassen: Die höchste landespolitische Orientierung wiesen die CDU-Wähler auf, bei denen 73 Prozent die Landespolitik im Land bei der Stimmabgabe vor Augen hatten. Einen relativ hohen landespolitischen Bezug (70 %) machten auch die FDP-Wähler bei ihrer Stimmabgabe für diese Partei geltend (vgl. Abbildung 3).

Bei SPD-Wählern spielte Bundespolitik relativ starke Rolle bei der Stimmabgabe

Auffallend geringer war der Anteil der Wähler der SPD (59 %), der bei der Wahl die Landespolitik als für die Stimmabgabe entscheidend bezeichnete. Für fast ein Drittel der SPD-Wähler (32 %) spielte dafür die bundespolitische Stimmungslage eine maßgebliche Rolle, während dies nur bei 24 Prozent der CDU-Wähler der Fall war. Erwartungsgemäß hoch war die Bedeutung bundespolitischer Themen für die Anhänger der WASG (73 %).

**Abbildung 3:** Einfluss der Politikebene auf die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart nach Altersklassen



- 1 Schoen, Harald: Wechselwahl, in: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 367-386.
- 2  $V = \frac{\sum |p_i - P_i|}{2}$ ; ein V-Wert = 0 bedeutet eine vollständige Stabilität; V-Werte > 0 zeigen Stimmenverschiebungen an.
- 3 vgl. Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland. Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 146/2005 (www. Wahlen.KAS.de), S. 6 – 9. Die Parteibindung wurde wie folgt erhoben: „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“
- 4 Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Dülmer, Hermann: Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler, in: Falter, Jürgen W.; Gabriel, Oskar W.; Weißels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 435-458, oder: Schoen, Harald; Weins, Cornelia: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wählerverhalten, in: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 187-241.
- 5 Dabei können die Befragten durch Selbsteinschätzung bewerten, ob für Ihre Wahl eher langfristige Parteibindungen, die zur Wahl stehenden Kandidaten oder die Problemlösungskompetenz der Parteien in wichtigen Sachfragen ausschlaggebend sind.
- 6 Hilmer, Richard: Wer gewinnt die Bundestagswahl? Lang- und kurzfristige Trends im Wahlverhalten in Deutschland, in: Bundestagswahlen in Deutschland. Parteien – Wähler – Wahlkampfstrategien. Landeszentrale für polit. Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Bürger im Staat, Heft 1/2/2002; S. 5.
- 7 „Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl getroffen?“ Weitere Ergebnisse: Am Wahltag: 17 %; während der letzten Tage: 16 %; in den letzten Wochen: 16 %; vgl. Wahlreport Landtagswahl Baden-Württemberg am 26. März 2006, Infratest dimap Berlin 2006, S. 84.
- 8 „Und was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten?“ Weitere Ergebnisse: Spitzenkandidat dieser Partei: 20 %; Lösungsvorschläge dieser Partei zu Sachfragen: 47 %; vgl. Wahlreport Landtagswahl Baden-Württemberg am 26. März 2006. 2006, Infratest dimap, Berlin 2006, S. 51.
- 9 Die erste Wahltag-Befragung wurde bei der Bundestagswahl 2005 durchgeführt; dabei wurde aber keine Frage zum Wechselwahlverhalten gestellt.
- 10 „Wählen Sie seit Jahren im Allgemeinen die gleiche Partei, oder wechseln Sie manchmal ab?“
- 11 Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland – Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2005, S. 7.
- 12 Herausgerechnet wurden die Befragten, die angaben, zum ersten Mal gewählt zu haben.
- 13 Die Frage der Stuttgarter Wahltag-Befragung lautete: „Was spielte bei Ihrer Wahlentscheidung die größte Rolle?“. Antwortmöglichkeiten: Landespolitik in Baden-Württemberg, Bundespolitik, Wahlkreiskandidat/in.
- 14 Wahlreport Landtagswahl in Baden-Württemberg am 26. März 2006, Infratest dimap, Berlin 2006, S. 83.